

B R I V

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

15. August 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 16

Das wahre Gesicht Deutschlands

Wir haben es in der Republik, die angeblich die freieste der Welt sein soll, ziemlich weit gebracht.

Nachdem am 20. Juli auf Anweisung des großen Führers der Anfang des Ausfegens aller linksgerichteten höheren Staatsbeamten gemacht wurde durch den Herauswurf der preußischen Regierung und durch das Einsetzen eines Reichskommissars haben täglich weitere Amtsenthebungen von preußischen Beamten, Landräten und des Polizeipräsidenten stattgefunden, um an die Stelle dieser solche zu setzen, die der Nebenregierung Hitler angenehm sind und in deren Sinn arbeiten.

Seit dieser Zeit wütet in Deutschland der offene Terror. Selbst die Statistik des stellvertretenden Kommissars, Bracht, mußte zugeben, daß ein sehr großer Prozentsatz aller Terrorakte auf das Konto der SA-Leute zu verbuchen ist. Es fällt schon gar nicht mehr auf, wenn im Chausseegraben jemand erschossen aufgefunden oder jemand, der in dem Verdacht steht, eine Funktion in einer proletarischen Organisation innezuhaben, einfach niedergeknallt oder hinterrücks erstochen wird. Brandstiftungen, Bombenanschläge auf Gewerkschaftshäuser oder Druckereien linker Blätter, Attentate gehören heute zum guten Ton in Deutschland, weil sie ja von den von der Regierung Papen-Schleicher sanktionierten Hitler-Garden veranstaltet werden, von Anhängern der Partei, die die Regierung Papen-Schleicher stützt.

Die Rechtsgleichheit in einem Kulturlande erfordert es, daß alle Bürger dieses Staates mit den gleichen Rechten vor dem Richter stehen. In Deutschland dagegen ist die Rechtsgleichheit zu Grabe getragen, kommt es doch auf die Gesinnung und nicht auf den Tatbestand an, wie der „Völkische Beobachter“ ganz zynisch ausspricht. — Ist also die politische Gesinnung eines Bombenwerfers oder Attentäters nationalsozialistisch, so ist er freizusprechen, ist er jedoch ein Linkstehender, so hat er für Jahre ins Zuchthaus zu wandern oder ist an die Wand zu stellen. Daß dieser Standpunkt von den Hitler-Leuten vertreten wird, ist weiter nicht verwunderlich. Daß jedoch andere Kreise, wie die der „Deutschen Zeitung“ schreiben:

„Es muß endlich einmal mit der Auffassung gebrochen werden, daß den international-marxistischen Staatsfeinden die gleichen Rechte wie den nationalen Kreisen zugesprochen werden können“

zeigt, daß man unter allen Umständen linkseingestellte Staatsbürger als vogelfrei erklärt. Trotzdem große Worte über Aufpeitschung der Leidenschaften vom Reichskommissar durch die Presse losgelassen wurden und angedroht wurde, diese Presse zu verbieten, muß man feststellen, daß auch hiermit nur die linke Presse gemeint war, denn der „Angriff“ schreibt täglich von Verbrecherpack, Banditen, besoffenen Schweinen, marxistischem Lumpenpack, Strolchen, Abschaum der Gosse, mit denen gründlich aufzuräumen ist, gelten für diese Presse solche Verwarnungen nicht, obwohl man die Blätter linker Organisationen, die es wagen, an diesen Zuständen Kritik zu üben oder die Taten der Nazis mit dem richtigen Namen zu benennen, einfach verbietet („Rote Fahne“ zehn Tage).

Also auch hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Wir schlündern auch ohne den Marsch auf Berlin in das Dritte Reich hinein — ganz legal.

Jetzt, nachdem man in Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg die SA. und SS. schon als Hilfspolizei beschäftigt, erläßt man neue Notverordnungen gegen den Terror! Das heißt also, nachdem man die Nazi-formationen legalisiert hat, schafft man Gesetze, die sogar Todesstrafe vorsehen für denjenigen, der sich nicht willenlos von den Nazis abkühlen läßt.

Diese Notverordnungen mit den Sondergerichten dienen einzig und allein dazu, gegen links angewendet zu werden. Einer Partei, die tagtäglich Gewalttaten gegen Andersdenkende verübt, gibt man in einigen Ländern Deutschlands Polizeibefugnisse, und zwar derselben Partei, die offen ausspricht, daß sie das gleiche Recht aller Staatsbürger nicht anerkennt, daß sie nach der politischen Gesinnung, und nicht nach dem Tatbestand, Staatsgewalt und Justiz ausüben gedenkt. Das bedeutet, daß in Deutschland das Ende eines Rechts-

staates angebrochen ist und daß Deutschland nicht als ein Kulturstaat, sondern als ein Gewaltstaat angesehen werden muß.

Die Vorgänge der letzten Zeit (Königsberg) und die Feststellungen, daß diese SA.- und SS-Formationen mit Waffen versehen (sogar Panzerautos und Maschinengewehre fehlen nicht) im engsten Einvernehmen mit Polizei und Reichwehrführungen stehen, zeigen den legalen Weg des Dritten Reiches.

Am 31. Juli sollte angeblich die Entscheidung für Deutschland fallen. Man blies in das Wahlhorn, um dem Volke vorzugaukeln, daß der Stimmzettel das Schicksal des deutschen Volkes ändern könne.

Die Wahlen haben stattgefunden. Sie haben einzig und allein gezeigt, daß der Kampf der Klasse der Ausbeuter gegen die der Ausgebeuteten die Gegensätze klar herauskristallisiert und alle bürgerlichen Mittelschichten dazwischen vernichtet.

Was nützt dieser oder jener Partei der Zuwachs der Stimmen und die Vermehrung der Mandate? Sollten sie es wagen, wirklich die Interessen des deutschen Volkes vertreten zu wollen, so käme der Leutnant und zwölf Mann. — Dies müßte die allmächtige SPD., die bis zum 20. Juli 80 Prozent der wichtigsten Staats- und Gemeindefunktionen besetzt hatte, am eigenen Leibe erfahren, so daß selbst das Ausland schrie:

„Es ist in der Weltgeschichte wohl der einzig dastehende Fall, daß ein Polizeipräsident, der 30 000 Mann der Schupo kommandierte, von einem Offizier und zwölf Reichwehrsoldaten in seinem Polizeipräsidium verhaftet wurde.“

Man hat vor dem Berliner Polizeipräsidenten nicht Halt gemacht. — Das große Auskehren hat begonnen und wird erst beendet sein, wenn an die Stelle des SPD.- oder Demokraten-Mannes ein Nazi gesetzt ist, wenn der Staatsapparat so ausschlaggebend in den Händen der NSDAP. ist wie er bis dato von der SPD. besetzt war. Nur ganz tüchtige, wie der dem Proletariat nur allzu gut bekannte Gustav Noske wird man behalten. Hierzu schreibt ein konservatives Blatt, „Die Niedersachsen-Zeitung“:

„Wir waren keine Freunde der Herren Braun und Severing und ihrer Regierungskunst, die nichts weiter tat, als die alte preußische Regierungspraxis gegenüber den von Bismarck annektierten Staaten fortzusetzen. Aber, Herr Noske, wir müssen Ihnen heute gratulieren. Denn nachdem etliche Ober- und Regierungspräsidenten, dazu etliche Polizeipräsidenten und andere höhere Beamte, Sozialdemokraten, Demokraten, und auch ein Zentrumsmann, zu Münster, weggefegt wurden vom Sturme, den Herr Hitler angeblasen, haben Sie, Herr Oberpräsident Gustav Noske, Ihren Posten in Hannover im Oberpräsidium zu wahren vermocht.“

Ob Ihnen Ihre früheren Vorgesetzten, die Herren Braun und Severing, Ihre Herren Genossen Ihnen dafür dankbar sind, dankbar zu sein haben, ist nicht unsere Sache.

Wir wissen ja, daß Kern und Keim des Kabinetts Papen im Reichswehrministerium zu suchen ist, wo Herr von Schleicher sitzt, der bei Kriegsende im Jahre 1918. Major war und der sich Ihnen, Herr Gustav Noske, derzeitigem Oberpräsidenten der „Provinz“ Hannover, Exzellenz und Reichswehrminister der Deutschen Republik bis zu dem Kapp-Putsch, zur Verfügung stellte. — Vielleicht war es nur die Dankbarkeit des Mannes, dem Sie die Gelegenheit gaben, sich in der Deutschen Republik, im Reichswehrministerium, wo die preußischen Traditionen am festesten saßen, sich emporzudienen, bis zu jenem Punkte, von dem aus der Hebel angesetzt werden konnte, das „System“ zu beseitigen. — Ein sehr schöner Zug der Dankbarkeit des Herrn Generalleutnants von Schleicher, dem ehemaligen Chef gegenüber, der so gewissenhaft für die Beseitigung unbequemer „Marxisten“, wie Liebknecht und Luxemburg zu wirken verstand durch Einsetzen der Gardekavallerie-Schützen-division am „rechten Ort“. Auch was sich im Januar 1919 im „Vorwärts“-Hause zu Berlin abspielte, verdient sicher den Dank des Herrn Generalleutnants

von Schleicher, verdient vielleicht noch mehr den Dank des Herrn Adolf Hitler und der übrigen Männer des „Dritten Reiches“. Denn ohne Ihre Tätigkeit im Reichswehrministerium, Herr Oberpräsident Gustav Noske, stände die preußische Reaktion nicht dort, wo sie heute steht. . . . Hatte Wilhelm II. einmal die Sozialdemokratie als eine „vorübergehende Erscheinung“ bezeichnet, so hatte er sicher nicht an Sie, Herr Oberpräsident, gedacht. Schade, daß Ihr ehemaliger Genosse, Kollege, Oberpräsident August Winnig (der Verfasser des „Frührot“) in den Tagen des Kapp-Putsches so die Zeichen der Zeit mißverstand und, während Sie im Auto über Dresden nach Stuttgart das Reichswehrministerium verließen, sich den Leuten der Ehrhardt-Brigade zur Verfügung stellte. Er mußte gehen und war doch sicher ein ebenso guter Preuße und Genosse wie Sie! Wäre er doch geblieben auf seiner oberpräsidialen Heide in Königsberg, er hätte nichts gespürt von all dem Leide und wäre sicher ebenso wie Sie, Herr Oberpräsident, in die Herrlichkeit des 24ten Reiches der preußischen Junker, der Generale und Ihres früheren Suspendierten, von Schleicher, eingegangen.

Selbsthaftigkeit wurde immer den alten Germanen zugebilligt und als eine ihrer Haupttugenden gerühmt. Wenn Sie auch, Herr Oberpräsident, ein Brandenburger sind, die meist Slawen waren, so gebührt doch Ihrer Selbsthaftigkeit im kurulischen Sessel zu Hannover die Anerkennung.“

Die Entscheidungsstunde am 31. Juli ging vorüber. Entschieden wurde durch die Wahlen nichts. Es konnte nichts mehr entschieden werden, denn es kommt nicht mehr auf das Flickwerk der sogenannten Demokratie, die durch einige Mandate mehr ihre Position innerhalb der demokratisch-kapitalistischen Politik verbessern konnte, an, sondern es kommt jetzt auf die Entscheidung für die Erhaltung des kapitalistischen Systems unter Benutzung der faschistischen Diktatur und damit vollkommener Rechtlosmachung der Arbeiterklasse und Auspowerung derselben bis zur vollkommenen Sklaverei oder aber auf den geschlossenen Abwehrkampf der gesamten Arbeiterklasse und Niederringung des Faschismus — und damit auch des Kapitalismus — an. Ein anderer Weg ist nicht vorhanden.

Wohl zeigten sich schon starke Ansätze zur einheitlichen Abwehrfront gegen den Faschismus vor und während der Wahl. Im Siegestaumel der Gewinnung einiger Mandate wird die Einheitsfront jedoch wieder zerschlagen. Geradezu großwahnsinnig muten die Worte der „Neuen Montags-Zeitung“ vom 1. August an, in der man lesen konnte:

„Die Regierung Papen ist geschlagen. Der einzige Sieger des Wahlkampfes ist die Kommunistische Partei.“

Mit solchen Worten erweckt man bei den Wählermassen Illusionen, die nie verwirklicht werden. Ob das Kabinett Papen bleibt oder nicht, ist gleichgültig; viel wichtiger ist, ob das System bleibt; das System der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiterklasse, um den Kapitalismus wieder gesunden zu lassen. Hierbei wird man sich mit Notverordnungen, Ausnahmezuständen und Sondergerichten den Weg zu bahnen suchen. Allerdings wird die jetzige Regierung den Hitler-Garden alle ihre Wünsche erfüllen müssen, wenn sie nicht will, daß sie sie selbst erfüllen.

Man scheint den Wünschen der Uebernahme der Regierung durch die NSDAP. seit einigen Tagen mehr Nachdruck verleihen zu wollen durch eine Aktion der SA.- und SS-Gruppen. Eine ganze Anzahl Blätter meldet, daß in der Umgebung Berlins in Mitteldeutschland und Pommern starke Formationen von SA.- und SS-Truppen zusammengezogen werden. Hiermit steht wohl auch die Tatsache in Zusammenhang, daß im Regierungsviertel die Berliner Schupo in verstärktem Streifendienst mit Karabiner bewaffnet ihren Dienst versieht. Das bedeutet, daß die Arbeiterklasse wachsam und kampfbereit in geschlossener Einheit, über Partei- und Organisationschranken hinweg, sich zur Abwehr die Hände reicht. — Nur so wird der Riese Proletariat mit dem Faschismus fertig werden!

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe

Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Juni 1932 (herausgegeben am 15. Juli) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

| Verbände und Berufsgruppen | Arbeitslose am Ende des Monats | | Kurzarbeiter am Ende des Monats | |
|--------------------------------------|--------------------------------|-----------|---------------------------------|-----------|
| | Juni 1931 | Juni 1932 | Juni 1931 | Juni 1932 |
| | vom Hundert der Mitglieder | | vom Hundert der Mitglieder | |
| Buchdrucker | 28,7 | 35,7 | 4,9 | 14,8 |
| Lithogr. u. Steindruckerei | 26,9 | 44,8 | 13,9 | 20,8 |
| Graphische Hilfsarbeiter | 23,8 | 35,1 | 9,0 | 16,5 |
| Buchbinder | 28,2 | 44,4 | 27,6 | 29,3 |

Das Ziel der NSDAP

Wie in Italien Mussolini, der sich als unbeschränkter Diktator bewegt, ist es in Deutschland Hitler, dessen heißeste Sehnsucht dahingeht, gestützt auf seine Privatarmee, die SA. und SS., der unbeschränkte Herrscher dieses Landes zu werden.

Daß diese Miliztruppen nach denselben Terrormethoden und mit brutaler Gewalt gegen alle Andersdenkenden zu arbeiten haben — wie dies vor und nach dem Marsch auf Rom von den Faschisten Italiens geschah —, dafür ist der beste Beweis in den heute nicht mehr aufzählbaren Mordakten seit dem 1. Juli erbracht. Niemand in Deutschland glaubt ernsthaft daran, daß diese Terror- und Gewaltakte rein gefühlsmäßig aus der politischen Gegnerschaft heraus entstanden sind, sondern daß von der Leitung der Nazi-Partei — von den großen Führern dieses Dritten Reiches — nach einem genauen Programm und genauen Instruktionen die Ueberfälle und Morde erfolgen. Das beweisen die Vorfälle von Königsberg. Genau so offen sprechen die führenden Köpfe der NSDAP, die den SA- und SS-Banden zustehenden Aufgaben für die Zukunft in Deutschland nicht nur gefühlsmäßig für sich, sondern bewußt nach einem bestimmten Programm, das von der Leitung ausgearbeitet ist, aus. So führte letzthin in einer bayerischen Versammlung der Nazi-Führer Dr. Buttman unter tosendem Beifall seiner Zuhörer aus:

„Die SA. und SS. haben später in Deutschland dieselbe Aufgabe zu erfüllen wie in Italien die faschistische Miliz: die Kontrolle und Stärkung der Selbstzucht der Bevölkerung. So wie heute in Italien die Schwarzhemden überall, sogar in der Eisenbahn, zu finden sind, um nach Fluchern und Zeitungsverleumdern zu suchen, so müssen SA. und SS. einmal das deutsche Volk erziehen und kontrollieren.“

Ueber das, was die SA- und SS-Banden im Dritten Reich sein sollen, herrscht nun also volle Klarheit. Auch darüber, wie sie das deutsche Volk „erziehen und kontrollieren“ sollen, nämlich nach dem Muster der italienischen faschistischen Miliz. Wie diese arbeitet, dafür ein kleines Beispiel: In Neapel wurden unlängst einige Arbeiter verhaftet, die im Verdacht standen, eine sozialistische Gesinnung zu haben. Das ist in dem faschistischen Italien schon ein schweres Verbrechen. Die Arbeiter machten aus ihrer sozialistischen Einstellung kein Hehl, sie bestritten aber entschieden, irgend etwas Strafbares begangen zu haben. Dabei blieben sie auch trotz der unmenschlichen Behandlung im Gefängnis. Nun ging die faschistische Miliz dazu über, Material gegen diese Arbeiter zu beschaffen. Einer ihrer Freunde wurde verhaftet und derart „erzogen“, daß er wider besseres Wissen und schweren Herzens seine Kameraden belastete. Ueber seine Behandlung im Gefängnis schreibt die Korrespondenz „Italia“:

„Der Arbeiter wurde tagelang auf den nackten Körper mit dem Ochsenziemer geschlagen. Als er trotzdem nicht das aussagte, was die Miliz von ihm wissen wollte, ließ man seine Frau und zwei kleine Kinder ins Gefängnis kommen, und in deren Gegenwart schlug man ihn so lange, bis sein ganzer Körper von Blut überströmte. Als er dann auch noch ehrlich blieb, griffen die Faschisten zum Aeußersten: man zog die Kinder aus und schlug vor den Augen des Vaters ihre Leiber blutig. Das ging über die Kraft des Arbeiters. Um seine lieben Kinder vor weiteren viehischen Mißhandlungen zu bewahren, legte er das von der Miliz gewünschte „Geständnis“ ab.“

Das ist „Erziehungs- und Kulturarbeit“ der italienischen Miliz, die den deutschen Hakenkreuzlern als Vorbild dient. Soll es so weit auch in Deutschland kommen? Nein und tausendmal nein!

Welche Lehre sollte die Arbeiterschaft aus all diesen Vorgängen endlich ziehen? Daß sie den Versprechungen der Führer der Arbeiterparteien und Organisationen sehr wenig Vertrauen entgegenbringen darf, daß sie sich auf diese nicht verlassen darf, denn dann ist sie verlassen, daß sie die ungeheure Gefahr, welche der Faschismus für Deutschland in sich birgt, erkennen lernen muß und unbekümmert der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit sich zusammenfinden muß als Klasse der Ausgebeuteten.

Im Kampfe gegen den Faschismus heißt es, alle Kräfte des Proletariats zusammengeballt zum außerparlamentarischen Kampf!

Eine Schwerarbeiter-Partei

Daß die Partei Adolf Hitlers sich eine Arbeiterpartei nennt, wissen wir, daß sie sich auch noch sozialistisch schimpft, ist verständlich, weil man ja mit dem Wort Sozialismus seit 1914 von anderer Seite so viel Schindluder getrieben hat, daß man es dem großen Adolf weiter nicht übelnehmen kann, wenn er es noch etwas mehr in den Dreck zieht. Daß in dieser Nationalsozialistischen Arbeiter-Partei aber auch Arbeiter, und noch dazu Schwerarbeiter, vertreten sind, beweisen nachstehende Namen:

Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen (Kaiserliche Hoheit),
 Prinz August Wilhelm von Preußen (Königliche Hoheit),
 Herzog Eduard von Koburg,
 Prinz Friedrich von Schaumburg-Lippe,
 Prinz von Waldeck,
 Prinz Arenberg,
 Prinz Franz von Thurn und Taxis,
 Prinzessin von Meiningen,
 Prinzessin Reuß,
 Fürst Starhemberg,
 Fürst Eulenburg-Liebenberg,
 Graf zu Reventlow,
 Graf Schwerin,
 Graf Spreiti,
 Graf Helldorf,
 Graf Solms-Laubach,
 Graf von Kleist,
 Graf du Moulin,
 Freiherr von Eitz-Rübenach,
 Freiherr von Wangenheim,
 General von Epp,
 General von Litzmann,
 General von Liebert,
 General Freiherr von Geislingen,
 Oberst Hierl,
 Oberst Haselmeier,
 Hauptmann Röhm,
 Hauptmann Göring,
 Großgrundbesitzer Freiherr von Buttler,
 Großgrundbesitzer von Corswant,
 Großgrundbesitzer von Heimendahl,
 Großgrundbesitzer Freiherr von der Goltz
 usw. usw.

Diese verarmten Herrschaften, denen die Republik dafür, daß sie dieselbe täglich mit Dreck bewirft, nur etliche hundert Millionen Abfindungen und laufende Pensionen für diese

Die Kampfkraft der Organisation

ist in der Stärke ihrer Finanzkraft bedingt, deshalb, Kollegen, stärkt die Organisation durch pünktliche Beitragszahlung!

schwere Arbeit gibt; diese Herren, denen das Stahlbad von 1914—18 wie eine Baderkur bekommen ist, sind die berufensten Führer der Arbeiterklasse — daran dürfte doch wohl niemand mehr zweifeln. Also, lieber Prolet, wenn du bei Abholung deiner Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung oder beim Empfang deiner Lohnhilfe mit 15—20 RM noch Gedanken hast, dich einer wirklichen Arbeiterpartei anzuschließen, dann wende dich an obige Herrschaften. Sie werden dich als Klassengenossen sehr herzlich empfangen und mit dir das Letzte teilen. Kannst du dich nicht mehr der schönen Worte: „Gleicher Lohn und gleiches Essen, dann wär' der Krieg gar bald vergessen“, erinnern?

Proletariat, wache auf, ehe es zu spät ist!

Berichtigung

In Nr. 14 des „BRIV“ ist in bezug der Löhne für die Wellpappenbranche insofern ein Druckfehler unterlaufen, als es dort heißen muß:

„Die Manteltarifbestimmungen der Großbuchbindereien gelten auch für die Wellpappen-Industrie, jedoch mit Ausnahme der Lohnbestimmungen.“

Der Lohnsatz in der Wellpappenbranche bleibt in den alten Sätzen bis zum 30. 9. 32 bestehen.“

Bekanntmachung

Das Büro des Industrie-Verbandes für das graphische Gewerbe in Berlin S, Kommandantenstr. 63/64, III, ist für Auskunft in allen Betriebsangelegenheiten usw. Montags, Mittwochs und Freitags von 4—7 Uhr nachmittags geöffnet. Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, dieses genau zu beachten.
 Der Vorstand.

Von Papuanern vergewaltigt

Im Lande der Braunen Apachen hat sich vor wenigen Tagen ein Drama abgespielt, dessen Mittelpunkt der Häuptling Grzisy-Ski, genannt der Letzte der Sozikaner, war. Voll ergreifender Tragik sind die näheren Umstände, unter denen sich das Ende dieses ebenso mächtigen wie gehaßten Hauptes des Schuponenstammes vollzog.

Schon seit längerer Zeit befand sich der Stamm der Braunen Apachen auf dem Kriegspfade. Die Pfeile der Sozikaner konnten gegen die Feuerwaffen des braunen Räuberstammes nicht viel ausrichten. Böses ahnend saß Grzisy-Ski an jenem verhängnisvollen Tage, umgeben von seinen Getreuen, in seinem Wigwam und ließ seine Friedenspfeife kreisen. Erwartungsvoll hingen die Augen des Vizehäuptlings Weißer Knüttel und des Oberindianers Heim am Berg an ihrem Stammesoberhaupt.

„Hugh“, sagte der Alte endlich, „so höret denn, ihr Besten meines Stammes, was ich beschloß. Wir sind friedliche Leute. Sollte es aber den Braunen Apachen gefallen, unseren Frieden zu stören und das Kriegsbeil gegen uns auszugraben, wohlan! Grzisy-Ski, euer Häuptling, weicht nur der Gewalt. Ich habe gesprochen, Hugh!“

„Wir weichen nur der Gewalt“, wiederholten Weißer Knüttel und Heim am Berg feierlich und fest.

Plötzlich stürmte ein Schupone in das Zelt. Unwillig hob Grzisy den Kopf.

Was Deutschland der Reichstag kostet

Nachdem die Wahlschlacht wieder einmal geschlagen worden ist, um dem deutschen Volke seine Volksvertreter zu beschaffen, muß nun auch daran gedacht werden, diesen Herrschaften — nach altem Brauch — sowohl die Freikarte I. Klasse auf allen Bahnen des Reiches und der öffentlichen Kraftpost wie auch die standesgemäße Sitzgelegenheit im Sitzungssaal zu beschaffen, da sich doch seit der letzten Wahl die Zahl dieser Volksvertreter wiederum erhöht hat. Ist doch ursprünglich, beim Bau des Saales, nicht damit gerechnet worden, daß sich die Zahl der Abgeordneten so enorm vergrößern wird; damals waren es 397, heute sind es 607. Die Handwerker im Reichstagsgebäude haben daher alle Hände voll zu tun, damit jeder dieser Abgeordneten bei seiner schwierigen Aufgabe sich zumindest auf seine vier Buchstaben setzen kann.

Was hat nun jeder Abgeordnete dem deutschen Steuerzahler zur Erlangung seines Mandats gekostet? Nach einer Statistik kostete diese Wahl pro Kopf des Abgeordneten dem Staate ungefähr 7000 RM. Hinzu kommt die Wahlkampagne der Parteien, die für jeden Abgeordneten rund 5000 RM betrug. Die Abgeordneten selbst mit ihrem täglichen Spesenatz von 20 RM, zu dem noch die Ausschuß-Sitzungsspesen hinzukommen, kosten uns täglich nahezu 130 000 RM. Hierin sind noch nicht enthalten die Ausgaben für das hundertköpfige Personal sowie für die Instandhaltung und die Reparaturausgaben für die Einrichtungen des Reichstagsgebäudes, welche selbstverständlich Millionen verschlingen.

Wir können also feststellen, daß uns unsere Volksvertretung sehr teuer zu stehen kommt.

Auch das Tarifwesen soll zerschlagen werden

Die Kündigung des Groß-Berliner Schlichters Wissell und die Versetzung des bisherigen Referenten für das Schlichtungswesen kann nicht nur als eine Maßnahme der Papen-Regierung, Linksorientierte aus dem Staatsdienst zu entfernen, bewertet werden, sondern ist als ein Vorstoß zum sogenannten Auflockerung des Tarifsystems zu betrachten.

Die Vorarbeiten zur Auflockerung sind schon seit längerer Zeit auf Drängen der Industriellen im Gange. Schon Brüning und Stegerwald haben eine Reform des Tarifwesens geplant. Sie wollten vor allen Dingen die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen auf lebenswichtige Industriezweige beschränken, wollten die Allgemeinverbindlichkeit möglichst ausschalten.

Seit der Bildung der Papen-Regierung haben die Arbeitgeber-Vereinigungen jedoch erkennen lassen, daß ihnen das nicht genügt, sondern daß eine Lohnordnung nur noch die Minimalrichtsätze festlegt und im übrigen an die Stelle des Kollektivvertrages der Werkstarif treten soll.

Damit wäre die Beseitigung der Unabdingbarkeit der Tarife erreicht. Damit wird natürlich auch im Zeichen der Wirtschaftskrise der Lohnrückerei von seiten der einzelnen Unternehmungen Tür und Tor geöffnet. Auch der Schlichter wird überflüssig. Wohl haben die reformistischen und christlichen Gewerkschaften in einem Schreiben an die Reichsregierung dagegen protestiert. Ob man hierauf, bei der heutigen politischen Lage und nachdem man in jahrelangem Kuhhandel mit diesen Gewerkschaften immer wieder gesehen hat, daß diese niemals den entschlossenen Willen des Kampfes um die Arbeiterrechte zeigten, sondern den Kampfwillen der Massen ständig abbremsen, noch Rücksicht nehmen wird, muß verneint werden.

Damit wird die bestorganisierte Arbeiterklasse, das überorganisierte Proletariat Deutschlands, zurückgeschlagen in die Zeit des Feudalismus. — Trotz 5 Millionen Gewerkschaftler, trotz einer sogenannten Revolution, trotz einer starken Arbeiterpartei. Der Zickzackkurs der KPD, in der Gewerkschaftsfrage kann für sich verbuchen, daß die Schuld an diesen Verhältnissen neben der reformistischen Kapitalfreundlichkeit auch zum großen Teil auf sein Konto fällt, weil er alle selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegungen, die nicht bereit sind, sich unter seine Fuchtel zu stellen, mit den gemeinsten Mitteln bekämpft und damit das Vertrauen untergräbt und die Massen dem Indifferentismus und Faschismus zugeführt hat. — Das ist der Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit, die nur der Zerrissenheit diene; das Proletariat muß dafür bluten.

„Warum stört das Grüne Auge des Gesetzes den Rat der Weisen?“

„Grzisy-Ski möge sich zum Kampf bereiten. Ein Gesandter des Stammes der Braunen Apachen wünscht ihn.“ Da wurde Grünes Gesetzesauge auch schon beiseitegeschoben und herein trat ein fremder Häuptling mit drei Kriegern, alle in voller Kriegsbemalung. Er schwang seinen Tomahawk über Grzisy-Ski und sprach drohend:

„Ich bin vom Stamme der Papuaner. Wir sind die Gesandten der Braunen Apachen. Grzisy-Ski, bist du bereit, von hinnen zu weichen?“

Feierlich erhob sich der Alte. „Ich bin bereit, zu weichen. Aber Grzisy-Ski weicht nur der Gewalt. Sonst nicht. Ich frage dich, bist du eine Gewalt?“ Der Häuptling verneigte sich zustimmend. „Also weiche ich. Ich habe gesprochen, Hugh!“

„Also weichen wir“, wiederholte Weißer Knüttel und Heim am Berg mit bebender Stimme.

Bleich, aber gefaßt, verließ Grzisy-Ski, der Letzte der Sozikaner, hinter dem fremden Häuptling das Zelt. — — —

Grzisy-Ski hat seinen Häuptlingsposten niedergelegt. In seinem Wigwam, inmitten eines zerwühlten Geländes, das von den Eingeborenen der „Platz des Alexander“ genannt wird, herrscht nun ein anderer.

Die Braunen Apachen freuen sich ihres Sieges, danken Manitou und trinken Feuerwasser. Blutrot lodern ihre Lagerfeuer. Und mächtig rauschen die Fluten des großen Stromes Miesesippe.
 („Die Ente“.)

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telefon: A 7 Dönhoff 3110

Alarm!

Nach bis jetzt vorliegenden Meldungen haben die Unternehmerverbände des Ruhrgebietes das Arbeitszeitabkommen gekündigt. Gleichfalls gekündigt wurde der Manteltarif für die mitteldeutsche Metallindustrie. Von den Kündigungen betroffen sind auch die Staats- und Gemeindefabrikanten. Sämtliche Kündigungen haben den ausgesprochenen Zweck, einen neuerlichen ungeheuren Lohnraub an den Arbeitern vorzunehmen. Doch damit nicht genug. Die Unternehmer planen gleichzeitig einen Vorstoß in der Richtung der Umgestaltung des bisherigen Tarif- und Schlichtungswesens. Diese Annahme wird bestätigt durch die vorgenommene Entlassung des ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell, zuletzt vom Staat als Schlichter beschäftigt. Wer von den Arbeitern kennt nicht die Wisselsche Spruchpraxis! Und trotzdem erfolgte seine Kaltstellung. War nicht Wissell allezeit bereit gewesen, allen Wünschen der Unternehmer weitgehendst Rechnung zu tragen? An seiner Dienstfertigkeit zweifelte niemals, auch heute noch nicht, die Unternehmerrique. Aber Wissell hat einen Fehler: Die von ihm angewandte Methode der langsamen Ausplünderung der Massen ist den Unternehmern in der gegenwärtigen tiefen Krise zu zeit- und geldraubend. In den Zeiten der Konjunktur, wo die Preise dauernd in einem Anschwellen blieben, war es sehr vorteilhaft, die Löhne auf Jahre hinaus im voraus festzulegen. Denn waren die jahrelang Gültigkeit habenden Tarife unter Dach und Fach, dauerte es kaum 14 Tage, und die steigenden Preise hatten jedwede versuchte Stabilisierung des Arbeiterhaushalts zunichte gemacht. So waren die Unternehmer nach jedem Tarifabschluß die lachenden Gewinner. Das Elend der Arbeiter stieg aber von Tag zu Tag. Je gewaltiger jedoch die Krise sich auszuwirken begann, um so größere Anstrengungen mußte der Unternehmer machen, wollte er seinen Profit in der alten Höhe sicherstellen. Als erstes sollten die Löhne gesenkt werden, was aber nicht immer mit der gewünschten Schnelligkeit erfolgen konnte, weil die Tarife für eine längere Zeitdauer abgeschlossen waren. Den Kapitalisten aber brennt das Feuer unter den Nägeln. Konnten sie sich bisher mit Massententlassungen größten Stills behelfen und statt einer sichtbaren Lohnkürzung durch eine verstärkte Ausbeutung der im Betrieb Verbliebenen schadlos halten, so ist dieser Weg jetzt zumeist versperrt. Denn nochmal sechs Millionen Arbeiter können nicht mehr auf das Pflaster geworfen werden. Eine solche Maßnahme würde glatt das Ende des deutschen Kapitalismus bedeuten. Wirtschaftlich wie politisch. Deshalb sucht man von Unternehmenseite nach anderen Wegen, die in der sogenannten Durchlöcherung der Tarife und der völligen Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens erblickt werden. Man will Werkstarife. Die Unternehmer wollen hierbei eine Belegschaft gegen die andere ausspielen. Man spekuliert darauf, daß eine zermürbte und von der Brotlosmachung bedrohte Belegschaft, die zudem von den anderen Arbeitern isoliert ist dadurch, daß man die anderen Belegschaften vorläufig in Ruhe läßt, ihnen keine niedrigen Löhne anbietet und daher desinteressiert an dem Kampf einzelner Belegschaften, daß eine solche viel leichter und schneller sich einem Werkstarif unterwirft und wenn er noch so harte Bedingungen, das heißt Lohnherabsetzungen und Urlaubszeitverschlechterungen, in sich birgt. So sollen also gleichermaßen Lohnabbau, Tariflockerung und in Verbindung damit neuerlicher Lohnraub und Urlaubsverschlechterungen durchgeführt werden. Außerdem aber wird der Plan erwogen, durch eine vorherige teilweise Entlassung eine längere Arbeitszeit wieder einzuführen. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß die Arbeiterfunktionäre in den Betrieben, die Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte, diese Pläne der Unternehmer den Belegschaftsmitgliedern zur Kenntnis bringen und Alarm schlagen. Die Belegschaften müssen gegen derartige Pläne Sturm laufen. Alle organisierten Arbeiter aber müssen versuchen, durch eine rege Propaganda für die Stärkung der Gewerkschaften zu sorgen, damit in den nächsten Wochen der Kampf gegen diese schändlichen Pläne der Unternehmer mit Erfolg aufgenommen werden kann. Je machtvoller und geschlossener die Arbeiterorganisationen, um so leichter ist es, die kapitalistischen Ausbeutungs- und Knechtungsmethoden abzuwehren.

Ein leuchtendes Beispiel

Seit Anfang Juni 1932 stehen die belgischen Bergarbeiter im Kampfe gegen das Grubenkapital. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie versuchte, genau wie ihre deutschen ADGB-Führerengenossen, den Streik zu ignorieren und dadurch illusorisch zu machen. Jedoch scheiterte dieses Unterfangen an dem festen Kampfwillen der belgischen Kumpels. Als die Unternehmer von ihrem hartnäckigen Standpunkt nicht abgingen und eine Verschlechterung der Löhne unter allen Umständen durchsetzen wollten, kam mit elementarer Gewalt der schon so lange zurückgehaltene Kampfeswille der Arbeiter zum Durchbruch. Mit unerhörter Wucht setzte der Streik ein. Zuerst hauptsächlich in der Borinage, dem Industriebecken von Mons. Hier hatten einige Betriebsdirektoren die Entlassung einiger hundert Arbeiter verfügt. Damit waren aber weder die Entlassenen noch ihre sich mit ihnen solidarisch erklärenden ungekündigten Kollegen einverstanden. Die Arbeiter stellten gemeinsam die Forderung auf, die Entlassungen rückgängig zu machen und, um künftighin überhaupt Entlassungen wegen angeblichen Arbeitsmangels zu vermeiden, wurde außerdem noch die Forderung aufgestellt, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten gleichmäßig zu verteilen. Damit war selbstverständlich verbunden die Forderung auf Herabsetzung der Arbeitszeit. Als sich die überraschten Reformisten von ihrem Schreck erholt hatten (sie waren durch den so plötzlich einsetzenden Streik vollkommen überrascht worden) und sahen, daß sie bei weiterem Sabotieren des Streiks ihren ganzen Einfluß unter den Arbeitern zu verlieren drohten, versuchten sie mit einigen radikalen Phrasen die Bewegung in ihre Hände zu bekommen. Zu diesem Zweck akzeptierten die Reformisten einen Teil der Arbeiterforderungen, unterbreiteten sie den Industriebesitzern und auch im Parlament wurden diese Forderungen vorgebracht. Hätte doch der Streik mit derartiger Macht eingesetzt, daß das ganze Wirtschaftsleben Belgiens ernstlich erschüttert zu werden drohte.

Nach einigem Hin und Her, nach einiger Kuhhandelei wurde ein faules Kompromiß zwischen der reformistischen Verbändebürokratie und den Kapitalismagnaten geschlossen. Zwar mußten den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht werden, aber die Formulierung dieser Zugeständnisse war derart gehalten, daß ihre Auslegung so gehandhabt werden konnte, daß die Arbeiter um die Früchte ihres Kampfes gebracht werden konnten. Diese Hinterhältigkeit wurde jedoch von der Mehrheit der Arbeiter erkannt und als die Bürokratie die Wiederaufnahme der Arbeit proklamierte, folgte dieser Aufforderung nur ein Teil der Arbeiterschaft. Der übrige Teil verharrte weiter im Streik, mit dem Erfolg, daß nach kurzem Schwanken der Arbeit wieder aufgenommene Teil ebenfalls wieder die Arbeit niederlegte. Wie weit sich der Riesenkampf noch auswirken wird, ist bis zur Stunde noch nicht zu übersehen. Doch steht heute schon fest, daß das Klassenbewußtsein der gesamten belgischen Arbeiterschaft bedeutend gestiegen ist und das in der Zukunft die Bourgeoisie wie auch die Reformisten nicht mehr so leichtes Spiel mit den belgischen Arbeitern treiben können wie bisher.

An der Ausdehnung des Streiks haben insbesondere die Kommunisten hervorragenden Anteil genommen und alle Versuche der Sozialdemokraten, dies zu verheimlichen oder zu bagatellisieren, wie es insbesondere Emile Vandervelde unternimmt, können an dieser Tatsache nichts ändern. Wie stark der Einfluß der Kommunisten (weniger der offiziellen Linienanhänger als vielmehr der Tätigkeit der sog. Trotzlisten zu verdanken) gewachsen ist, geht selbst aus den Schlussfolgerungen Vanderveldes hervor, der in seinen „Grundsätzliche Bemerkungen zum Streik in Belgien“ folgende Lehren zieht: ... man würde die belgische Arbeiterpartei schlecht kennen, wenn man glaubte, daß sie nicht alles daran setzen werde, aus dem Ereignis (gemeint ist der plötzliche Streikausbruch, der gegen den Willen der Reformisten erfolgte, sowie ihre schwindende Autorität unter den Arbeitern) alle Folgerungen zu ziehen, die es mit sich bringt: vor allem, daß die Massen in der Sozialistischen Partei immer weniger für eine Politik der Kompromisse und der reformistischen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien zu haben sind. Dies Bekenntnis eines Sozialdemokraten läßt ohne Zweifel die gute kommunistische Arbeit unter den belgischen Proletariern erkennen.

Daß natürlich bei den von allen Seiten gemachten Anstrengungen zur Bekämpfung und Niederringung der Streikbewegung auch die von den Industrierittern ausgehaltene Regierung nicht fehlen darf, braucht eigentlich keine besondere Erwähnung. Genau wie in Deutschland wurden die staatlichen Machtmittel eingesetzt, als da sind Polizei und Militär, angeblich, (genau wie bei uns), um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. In Wirklichkeit wurde versucht, das Militär als Streikbrecher zu benutzen. Und hier muß nun etwas registriert werden. Die ungeheure Not, unter der die belgischen Arbeiter zu leiden haben, ist den meisten belgischen Soldaten bekannt, sind doch diese Soldaten, da Belgien eine überwiegende Industriebevölkerung besitzt, selbst aus dem Arbeiterstand. Es kommt noch hinzu, daß die Dienstzeit der belgischen Soldaten eine ziemlich kurze ist. So bestehen also noch sehr viele und enge Verbindungen zwischen Militär und Proletariat. Das führte dazu, daß sich an verschiedenen Stellen die Soldaten, teilweise sogar Teile der Polizei, weigerten, gegen die Arbeiter zu schießen oder sonstwie gewalttätig gegen sie vorzugehen. Also eine Disziplinlockerung unter den staatlichen Machtmitteln. Würde diese Erscheinung weiterhin um sich greifen, wäre es sehr bald mit den belgischen Unterdrückern vorbei. Deshalb hat die Regierung sofort alle Schritte unternommen, um die unzuverlässigen Truppen durch eine besondere Spezialtruppe zu ersetzen. Es soll ein ausgesuchtes Gendarmekorps zusammengestellt werden, das dann mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die streikende Arbeiterschaft eingesetzt werden kann. Die Arbeiter werden sich auch dagegen zu wehren wissen. Für die deutsche Arbeiterklasse erhebt hier eine große Aufgabe: Der heroische Kampf der Bergarbeiter dauert unvermindert fort. Da die staatlichen Machtmittel des belgischen Unterdrückungsapparates nicht auszureichen scheinen, will man auf internationaler Grundlage (wo es gilt, die Arbeiterschaft zu unterjochen, sind sich alle Nationalisten im internationalen Maßstab einig) den Kampf gegen den Streik der belgischen Arbeiter organisieren. In erster Linie ist daran gedacht, durch eine erhöhte Einfuhr ausländischer Kohlen die etwa fehlenden belgischen Kohlen zu ersetzen und dadurch die Stilllegung der Metallbetriebe zu verhindern. Für diesen Plan haben sich, wie könnte es anders sein, auch die Sozialdemokraten lebhaft eingesetzt und der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, macht bereits in einem besonderen Artikel die deutschen Industriellen auf die Möglichkeit erhöhter Ausfuhrerlöse aufmerksam.

Dagegen müssen die deutschen Arbeiter Front machen. Es müssen insbesondere die Transportarbeiter alle Kohlenlieferungen nach Belgien verweigern. Nur durch die internationale Solidarität kann den belgischen Streikenden geholfen werden.

Für die deutschen Arbeiter ist das Vorgehen des belgischen Proletariats ein Beispiel dafür, was man tun muß, um sich gegen die unerhörte Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr setzen zu können.

Am Donnerstag, dem 25. August 1932, abends 7½ Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18, die diesjährige

Dritte Generalversammlung

des Industrieverbandes für das Metallgewerbe statt mit folgender

Tagesordnung:

1. Der Ausweg aus dem Elend.
2. Kassenbericht. 3. Diskussion.

Kollegen Metallarbeiter! Der Bestand der Arbeiterorganisationen ist von der Reaktion aufs äußerste bedroht. Beweist durch restlosen Versammlungsbesuch, daß ihr nicht gewillt seid, euch die in früheren Jahren erkämpften Rechte der Versammlungs- und Vereinsfreiheit rauben zu lassen. — Wir machen darauf aufmerksam, daß jeder Kollege sein Mitgliedsbuch mitbringen muß, da ohne dasselbe kein Zutritt gewährt werden kann.

Neue Richtsätze der Berliner Wohlfahrt

Der Magistrat der Stadt Berlin teilt mit, daß vom 1. August 1932 ab wiederum eine Senkung der Richtsätze für die Wohlfahrtsunterstützung erfolgt. Sie betragen von diesem Tage ab

a) in der gehobenen Fürsorge:

| | |
|--|-------|
| für Alleinstehende | 39 RM |
| für Ehepaare usw. (39 RM + 17 RM =) | 56 RM |
| für jedes Kind unter sechs Jahren | 11 RM |
| für jedes Kind im Alter von 6 bis zu 16 Jahren | 13 RM |

b) in der allgemeinen Fürsorge:

| | Monat | Woche | Tag |
|--|---------|----------|---------|
| für Alleinstehende | 34,— RM | 7,85 RM | 1,10 RM |
| für Ehepaare usw. | 51,— RM | 11,75 RM | 1,65 RM |
| für jedes Kind unter 6 Jahren 11,— RM | | 2,55 RM | 0,35 RM |
| für jedes Kind im Alter von 6 bis zu 16 Jahren | 13,— RM | 3,— RM | 0,40 RM |

Diese Unterstützungssätze sind, wie weiter mitgeteilt wird, wie bisher, weder Mindest-, noch Höchstsätze, sondern lediglich Richtsätze. Die Festsetzung des im Einzelfalle tatsächlich erforderlichen Unterstützungsbetrages erfolgt jedesmal auf Grund einer genauen individuellen Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Diese Maßnahmen werden besonders damit begründet, daß auch die letzten Notverordnungen der Stadt keine wesentliche Entlastung gebracht hätten. Die Welle der Verelendung kann nur zurückgeworfen werden, wenn die Arbeitslosen und Beschäftigten in einheitlicher Front den Kampf um ihre Existenz aufnehmen und die Lasten der kapitalistischen Wirtschaftsmisere den Besitzenden auferlegen. Die Arbeiterschaft muß sich bewußt über die kapitalistischen Wirtschafts- und Finanznotwendigkeiten hinwegsetzen, wenn sie nicht weiterhin die Rolle des Leidens und Dulders abgeben will.

Die Handhabung der Mietbeihilfe

Wir haben bereits berichtet, daß in Preußen die Stundung der Hauszinssteuer für die milderbemittelten Mieter aufgehoben worden ist und in Zukunft lediglich eine sogenannte „Mietbeihilfe“ gewährt wird. Da die Bearbeitung der massenhaft gestellten Anträge auf Gewährung von Mietbeihilfe wegen der verlangten sorgfältigen Prüfung längere Zeit in Anspruch nimmt, ist für den Monat Juli eine sogenannte Uebergangsregelung getroffen worden. Am 1. Juli konnte der Mieter noch einmal die Miete unter Abzug der Hauszinssteuer bezahlen, wenn diese schon vorher gestundet war. Diese Regelung gilt auch noch für den Monat August!

Unbeschadet dieser kurzen Uebergangsregelung ist die Lage so, daß der Mieter ab 1. Juli 1932 keinen Anspruch mehr auf Erlaß der Hauszinssteuer hat, er wird auf den Weg der Mietbeihilfe verwiesen. Während nun der Staat bisher im Jahr etwa 300 Millionen Mark den Mietern als Hauszinssteuernachlaß gewährte, gibt derselbe Staat den Gemeinden, welche nunmehr die Mietbeihilfen zu gewähren haben, pro Jahr nur 160 Millionen Mark zu diesem Zweck. Daraus geht ohne weiteres hervor, daß die Mietbeihilfen nicht mehr die Höhe des bisher gestundeten Hauszinssteuerbetrages erreichen können, sondern die Gemeinden haben sich mit fast der Hälfte des früheren Betrages einzurichten, es sei denn, sie wollten noch aus eigenen Aufkommen Geld zulegen, um die Mietbeihilfen zu erhöhen. Hierzu ist jedoch keine Gemeinde in der Lage. Es wäre also — roh gesehen — nur damit zu rechnen, daß die Mietbeihilfen etwa in halber Höhe der bisher gestundeten Hauszinssteuerbeträge kommen würden.

Hatte bisher jeder Mieter, dessen Einkommen unter 1200 Mark pro Jahr lag, Anspruch auf Hauszinssteuererlaß, so bekommt Mietbeihilfe generell nur der Mieter, dessen Jahreseinkommen 800 Mark nicht übersteigt! Aber auch dann ist ihm die Mietbeihilfe noch nicht sicher. Da die Mietbeihilfen „nach den Grundsätzen der Wohlfahrtsfürsorge“ gegeben werden, müssen in jedem Falle die wirtschaftlichen Verhältnisse des antragstellenden Mieters geprüft werden, und das soll so gründlich geschehen, daß die Prüfung auf die unterhaltspflichtigen wie auch nicht unterhaltspflichtigen Verwandten des Mieters ausgedehnt wird. Hat z. B. der Mieter in einer anderen Stadt einen Verwandten, der noch arbeitet und in der Lage ist, den Mieter zu unterstützen, dann wird dem Mieter hier die Mietbeihilfe rundweg abgelehnt! Bei der Prüfung wird auch darauf acht gegeben, ob der Mieter nicht etwa zu großen Wohnungsaufwand treibt. Dann wird ihm Mietbeihilfe nur dann gegeben, wenn er sich im Wohnraum beschränkt oder mindestens nachweist, daß er sich nach dieser Richtung ernstlich bemüht hat. So wird also indirekt das herrschende Wohnungselend noch amtlich verschärft.

Stellt sich nun nach durchgeführter Prüfung heraus, welche Mietbeihilfe der Mieter bekommt und ist diese geringer als der früher gestundete und auch am 1. Juli abgezogene Hauszinssteuerbetrag, dann ist der Mieter verpflichtet, dem Hauswirt die verbleibende Differenz nachzahlen. Wird seine Mietbeihilfe überhaupt abgelehnt, dann muß er selbstverständlich den vollen Betrag seinem Hauswirt nachzahlen. Dem Hauswirt werden diese Beträge infolge der Uebergangsregelung auch nur gestundet; sie werden ihm erst dann niedergeschlagen, wenn er nachweist, daß er trotz aller möglichen Vollstreckungsmaßnahmen die fehlenden Beträge von den Mietern nicht hereinbekommen konnte. Der Hauswirt ist also gehalten, die Mieter, welche den Differenzbetrag nicht nachzahlen, zu verklagen und pfänden zu lassen, und erst, wenn alles dies fruchtlos ausgegangen ist, schlägt ihm der Fiskus die Beträge nieder. Die Hausbesitzer haben die Staatsregierung ersucht, sie für diese Prozesse gegen die vielen Mieter von der Zahlung der Gerichts- und Zwangsvollstreckungskosten zu befreien, dann wollen sie, wenn's nichts kostet, kräftig gegen die Mieter vorgehen! Oder sie haben dem Fiskus vorgeschlagen, er solle sich diese Mietschulden von den Hausbesitzern übereignen lassen und sie dann bei den Mietern wie Steuern betreiben, dann geht es viel schneller und ohne lange Prozesse. Vorläufig hat sich die Regierung zu diesen Vorschlägen nicht geäußert, es wird also wohl bei den Massenprozessen gegen Mieter bleiben, wo die Hauswirte nicht die Differenzbeträge aus ihrer Tasche zulegen wollen.

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Rummelsburg, Kantstr. 11.

Erneute Lohnabbau-Welle

Die Lohn- und Manteltarife sind in der gesamten Textilindustrie Sachsens gekündigt worden.

Im Berliner Einzelhandel ist der Manteltarif für die Angestellten zum 1. September gekündigt. In einer Reihe von Berufen haben weitere Lohnabbaumaßnahmen bereits stattgefunden. So wurde in der Elbe-Schiffahrt der Lohn um 12 Prozent, bei den Steinarbeitern in Sachsen wurde der Akkordlohn um 8-12 Prozent, die Stundenlöhne um 8 bis 17 Prozent abgebaut.

Dies genügt dem Unternehmertum jedoch nicht. — Sie schreien nach einem Systemwechsel in der Tarif- und Lohnpolitik. Dieser Wechsel soll darin bestehen, daß die Unternehmer von den tarifvertraglichen Bindungen befreit werden und das Recht erhalten, an die Stelle des tarifvertraglichen Garantielohnes den Leistungslohn zu setzen, den der Unternehmer selbstherrlich festsetzen will.

Herr von Papen hat in seiner Rundfunkrede bereits darauf hingewiesen, daß die Bindungen, die die Privatwirtschaft in ihrer freien Entwicklung hemmen, weiter gelockert werden sollen. Die Reichsregierung wird den neuen Reichstag mit einem dementsprechenden Wirtschaftsprogramm beglücken.

Wird die Arbeiterklasse bald die Augen öffnen? Wird sie bald erkennen, daß in dem gleichen Tempo ihrer politischen Entrechtung sie auch wirtschaftlich zum Sklaven herabgedrückt wird?

Wird sie endlich aus all dem die Lehre ziehen, daß es unbedingt notwendig ist, sich in Klassenkampforganisationen zusammenzuschließen?

Die Zeit ist bitter ernst. Die Reaktion geht aufs Ganze! Wann endlich erwacht der Riese Proletariat?

Lernf von den polnischen Hafnarbeitern!

Vor einigen Wochen konnte man in den Blättern Hugenbergs lesen, daß es im polnischen Korridor zu schweren Unruhen gekommen sei, in deren Verlauf sogar Militär eingesetzt werden mußte. Als diese Pressemeute jedoch den wahren Bericht über den Grund der dortigen Unruhen nicht mehr ungehen konnte, verstummte sie. Hatten doch die polnischen Hafnarbeiter in Gdingen wahre internationale Solidarität bewiesen, indem sie sich weigerten, Kriegsmaterial, das auf japanischen, französischen und anderen Frachtschiffen dort verladen werden sollte, an Bord zu schaffen.

Die Arbeiter wurden dadurch den Inhalt gewahrt, daß sich bei einigen von ihnen Gasvergiftungen bemerkbar machten, als sie Ladegut transportierten, das mit „Maschinenteile“ deklariert war.

Nach der Weigerung der Hafnarbeiter versuchte man Militär einzusetzen. Doch dieses weigerte sich, gegen die Arbeiter vorzugehen. Erst nachdem man eine Spezialtruppe aus Offizieren und Chargierten gebildet hatte und Streikbrecher einsetzte, konnte die zum Morden im Fernen Osten bestimmte Ladung an Bord gebracht werden.

Hier zeigte sich der Gedanke internationaler Solidarität gegen den Krieg. Er sollte allen Arbeitern als Vorbild dienen, wenn der Imperialismus zu erneutem Massenmorden drängt, das durch die Waffe des Streiks zur Unmöglichkeit zu machen ist.

Gerade jetzt, im Zeichen der nationalen Verhetzung, gilt das Wort: Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Gdingen überflügelt Danzig

Seitdem Danzig unter die Botsmäßigkeit der Nazis gekommen ist, hat sich das Verhältnis zwischen Polen und Danzig immer gespannter entwickelt. Das Revanche- und Siegesgebrüll der Nazis hat in Polen den letzten Rest von Achtung vor der Verpflichtung, den Danziger Hafen in erster Linie zu benutzen, erstickt.

Der polnische Hafen Gdingen hat im Mai zum ersten Male den Danziger Hafen überflügelt. Während in Danzig nur 404.000 Tonnen umgeschlagen wurden, hat Gdingen einen Umschlag von 412.574 Tonnen erreicht. Gegen April d. J. bedeutet das für Danzig eine Senkung um 31.976 Tonnen, für Gdingen eine Steigerung um 34.156 Tonnen.

Die Aufwärtsentwicklung in Gdingen auf Kosten Danzigs zeigt mit aller Deutlichkeit, daß in Polen nicht der geringste Wille vorhanden ist, die vom Völkerbundsrat in seiner letzten Sitzung als rechtlich bindend anerkannte Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens anzuerkennen. Vor den Genfer Stellen zeigte sich zwar Polen geneigt, soweit der wirtschaftliche Einfluß der polnischen Regierung reicht, dem Danziger Hafen den Vorzug zu geben. Die Praxis weicht jedoch erheblich davon ab. Denn auch die polnische Staatsforstverwaltung, auf die die polnische Regierung bestimmt Einfluß hat, leitet ihre nicht unerheblichen Holzexporte zum überwiegenden Teil über Gdingen, obwohl der polnische Hafen bisher noch nie Holzexportplatz war.

Daß die Ablenkung von Danzig nach Gdingen weitere Fortschritte machen wird, beweisen die polnischen Bestrebungen, auch den Zuckerelexport in Zukunft nicht mehr über Danzig, sondern über Gdingen gehen zu lassen.

Polen wird gegen Danzig erst dann duldsam sein, wenn Danzig entweder polnisch ist oder wenn endlich eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland erfolgt, das dabei die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit Danzigs schützen kann. Daß die Papen-Regierung, bei ihrer Abhängigkeit von einer Partei, die durch ihre Herrschaft in Danzig die Polen hypernational machte, diese Verständigung nicht herbeiführen kann, ist klar. Die Kosten tragen unsere Danziger Kollegen.

Alle Stände - alle Konfessionen

„Wir haben das Volk in seinen Klassen, Ständen und Konfessionen geeinigt!“ schreibt der „Angriff“ in seiner letzten Sondernummer, für die ein Herr Kampmann mit dem echt deutschen Vornamen „Karoly“ verantwortlich zeichnet, und

diese Phrase allein genügt schon, die beispiellose Hohlköpfigkeit des nationalsozialistischen Journalismus zu kennzeichnen. In der NSDAP sind also Juden, Christen und Katholiken in bester Harmonie vereint, eine These, bei der sich selbst der überzeugteste Hitler-Fanatiker nachdenklich an die Stirn tippen wird. Adolf, dem Judenfresser, Adolf, der das Zentrum anpöbelt, ist es gelungen, alle Konfessionen zu vereinen! Wahrhaftig, der Mann hätte einige Jahrhunderte früher geboren werden müssen; Männer mit solchen Talenten hätten Kriege verhindern, hätten der ganzen Weltgeschichte ein anderes Ansehen geben können. Das hübsche Bild vom Großkapitalisten, der dem Arbeiter die Hand reicht, vom arbeiterfreundlichen Hohenzollern, der Parteigenosse des Proleten ist, dürfte zu bekannt sein, um etwas anderes als ein mitleidiges Lächeln zu erwecken. Daß aber von nationalsozialistischer Seite aus behauptet wird, daß alle Konfessionsschranken gefallen sind, daß also auch der Jude für würdig befunden worden ist, das müllkastenfärbene Hemd zu tragen, das ist die neueste Ueber-raschung, die der große Adolf seinen Anhängern serviert, der kürzlich auch jene neue Abkürzung: „Nozis“ (Notgemeinschaft zitternder Israeliten) erfand, der beste Beweis für die konfessionelle Einigkeit der Nazis.

Auch Löbe kann sich radikal gebärden

In einer von der SPD. in Lauenburg einberufenen Versammlung entschlüpfte dem früheren Reichstagspräsidenten Löbe nach dem Bericht der „Berliner Börsenzeitung“ folgende Worte:

„Gegen die Errichtung eines faschistischen Staates würden sich die Sozialdemokraten, das Reichsbanner und die Gewerkschaften mit allen Mitteln zur Wehr setzen. —

Einem solchen Staate werde in jedem Eisenbahzug, in jedem Gaswerk, in jedem Wasser- und Elektrizitätswerk, in jeder Fabrik ein unerbittlicher Gegner erwachsen.“

Schon heute könne ganz offen ausgesprochen werden, daß die Arbeitskraft der deutschen Arbeiterschaft einem faschistischen Staat keinen Tag zur Verfügung stehen werde. Die Eiserner Front werde in diesem Falle bis zum letzten Atemzuge kämpfen und die Freiheit bis in den Tod gegen die Freiherren und Barone verteidigen.“

Soweit Löbe. Wer die Worte dieser Führer für bare Münze nahm, der war schon stets betrogen. Ihre Handlungen haben immer wieder bewiesen, daß sie das Volk als Mittel zum Zweck mißbraucht haben. — Sie gleichen den Wölfen in Schafskleidern.

Was ein Schiffer erzählt

„Nee, nie hätt ick früher den Rotz in meinen Kahn genommen — det können Se man jlooben!“

Wütend und verzweifelt starrt der alte Schiffer auf seine Zille, die im Nordhafen versackt ist.

„Wie det kam? Ja, wer weest det denn — ick muß woll ganz von vorne erzählen, wie det zusammenhängen tut. Ick hatte den ganzen Winter über keene Ladung gehabt, jetzt jetsch uns Schiffen jalle so, kiekten Se sich doch mal um hier in'n Nordhafen oder anderwärts — keener hat Fracht! Wovon denn ooch? De Fabriken liejen still, keene Kohle, wat doch imma de Hauptsache war, wird mehr jefahren — un überhaupt keen nischit!“

Nu hat jetzt det Wasserbauamt wieder den Nordhafen ausbaggern lassen. Det is der ganze Mist un Dreck, den de Panke mitbringt un der aus de Abflußrohre kommt — der wird von de Baggermaschinen rausgeholt un uff de Kähne jeladen un wechtransportiert nach Getz an de Havel.

Früher, kann ick Ihnen sagen, hab ick zu sonne Drecksarbeit meinen Kahn janich herjehoben — aber wat soll man machen, det is noch's einzige, wat's zu fahren jibt, Dreck!

Früher hat's für'n Meter Bagger eine Mark un zwanzich jeheben, jetzt nur noch eine Mark fünf. Mein Kahn faßt woll so durchschnittlich 220 Meter. Det hört sich nach ne ganz scheene Summe an, wat dabei rauskommen tut — aber passen Se uff, wenn wa det ausrechnen mit alle Unkosten, da bleibt aber ooch reinewech nischit von nach!

Also für eenen Meter 1,05 RM, det sind für 220 Meter 231 RM, wat mir det Wasserbauamt bezahlt, wenn ick meinen Kahn voll Bagger nehme, bis nach Getz fahre, dort auslade un wieder zurückkomme. Davon jelt nu erstens mal Dampfjeld ab. De Zillen sind ja alle ohne Motor, da können wa ja nich den ganzen Weg staken — da brauchen wa'n Dampfer zum ziehen. Dann Lohn für Mann an Bord während der Fahrt. Und dann der Lohn für die Arbeiter, die in Getz die Bagger überschuppen helfen. Un dann die Unkosten für Fahrjeld nach de Behörden, für Stempel un sonstigen Dot un Deubel.

| | |
|-------------------------------------|----------|
| Dampfjeld | 70,— RM |
| Lohn für Besatzung | 120,— RM |
| Lohn für Arbeiter in Getz | 30,— RM |
| Spesen | 2,— RM |
| | <hr/> |
| | 222,— RM |

231 weniger 222 gleich 9 RM.

Neun RM bleibt da, da kann nu eener sehn, wozu de ganze Arbeit Zweck hat! Un det is keene ausjedachte Rechnung, da können Se jeden Schiffer im Hafen nach fragen, ob det stimmen tut. Nu kommt aber det beste! Nu soll ick nich nur davon leben von die 9 RM, nee, ick soll ooch noch Steuern bezahlen un de Krankenkasse, un wat de Hauptsache is, de Versicherung für den Kahn.

Ick hatte im Winter, wo ick überhaupt nich jefahren bin, schon un Stundung jehoben von de Beiträge, aber da ham se mir geschrieben, wenn ick keene Beiträge leisten täte, denn könnten se ooch nich für aufkommen, wenn meinem Kahn wat passiert. Det is ja jewissermaßen richtig — aber ick konnte doch nu mal nich bezahlen!

Un nu passiert wirklich wat! Nu is mein Kahn wirklich abjesackt! Ick kann det noch immer janich bejreifen!

Beim Einladen hat er sich schon so komisch uf de Seite jeneicht — aber er war ja noch jarnich halb voll, und da ham wir weiter druffjeschipt — denn det hat doch ja keenen Zweck, mit nem halbleeren Kahn zu fahren.

Wir hatten ihn an de Brücke festjebunden — vielleicht war det 'n Fehler. Jedenfalls hat er sich immer mehr nach de Seite jeneicht — der Schlamm is so zähe un hängt so zusammen, da hat sich alles nach die eene Seite jezogen — un

mittenmal sackt er ab! Alle standen wa daneben! Keener konnte wat machen! Det jing so schnell — von meine Sachen aus de Kajüte ham wa ooch bloß de Hälfte rausholen können. Alles is dick voll Dreck dadrinne, de Betten un meine Brille un de ganzen Papiere, alles ham wer aus dem Dreck rausangeln können!

Ja, un nu, nu muß er ja jehoben werden! 1500 RM kostet det. Nu hab ick doch jahrelang immer meine Versicherungsjelder bezahlt, aber weil ick nu diesen Winter nischit hatte, sacht die Versicherung, sie will mir das Jeld wohl „auslejen“, aber ick müßte ihr's abbezahlen.

Det hört sich sehr freundlich an. Aber wat heest det denn auf deutsch, wenn man sich's richtig überlegen tut? Det heest: ick bin meinen Kahn los! Nischit anderes heest det — wird mir so jehn, wie's x anderen Schiffen ooch jehangen is! Wovon soll ick denn jemals 1500 RM abbezahlen?

Da meint nu eener: ach, die wer'n doch den Kahn nich wechnehmen, wer soll denn den kooften, es jibt doch jarnischit zu fahr'n! Ja, da frag eener! Der Gerichtsvollzieher kommt überall hin un nimmt de Sachen wech un setzt de Leute aus ihre Wohnungen — ganz genau wie se uns unsere Kähne wechnehmen! Wat damit nu wird un wat aus uns wird, det spielt ja jakeene Rolle! Hauptsache is, allens hat seine „Ordnung“ un allens jeschieht nach det, wat se „Jerechtigkeit“ nennen!

Vom Wohlfahrtsstaat

Die bombastische Regierungserklärung der von Papen-von Schleicher enthielt in ihrem Kern die Verheißung, daß jetzt mit dem Wohlfahrtsstaat aufgeräumt würde. Was damit gemeint ist, weiß jeder. Dasselbe, was der frühere Reichsbankdirektor und mehrfache Rittergutsbesitzer Schacht, dem noch 2½ Millionen Reichsmark nachgeworfen wurden, in Bremen aussprach. Der Rentnerstaat müßte verschwinden. Damit meinen alle diejenigen, die Rentner und Pensionäre der „sozialen Republik“ sind, weil die Arbeiterschaft am 9. November nicht ganze Arbeit machte, die anderen, die von der Hand in den Mund leben, die Opfer ihrer Profitwirtschaft. So meint es natürlich auch die Papen-Regierung, die sich „Präsidentalregierung“ nennt, weil sie sich nur auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützt. Nicht gemeint sind z. B. die folgenden Standesherren, die die nachstehenden jährlichen Renten beziehen:

| | RM |
|---|--------------|
| Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen | 612 000,— |
| Friedrich Karl, Prinz von Hessen | 96 000,— |
| Chlodwig, Landgraf von Hessen-Philippstalt-Berschfeld, als Nachfolger des 1925 verstorbenen Ernst Eugen, Landgraf von Hessen-Philippstalt | 150 000,— |
| Chlodwig, Landgraf von Hessen-Philippstalt | 150 000,— |
| Albert, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg | 181 013,28 |
| Friedrich Ferdinand, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg | 195 450,— |
| Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen | 75 000,— |
| Herzog von Arenberg | 51 291,68 |
| Fürst zu Salm-Salm | 58 170,— |
| Fürst zu Salm-Horstmar | 60 000,— |
| Herzog von Croy | 18 000,— |
| Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg | 46 216,30 |
| Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein | 22 500,— |
| Fürst zu Wied | 46 511,64 |
| Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich | 7 667,80 |
| Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg | 20 306,02 |
| Die Nachkommen der Gräfin Reichenbach | 38 812,29 |
| Fürst zu Bentheim-Steinfurt | 1 500,— |
| Fürst zu Rheina-Wolbeck | 3 700,— |
| Zusammen | 1 834 139,01 |

Nein, diese Herren sind nicht gemeint, sondern diejenigen, die treu und brav ihre Beiträge für die Sozialversicherung bezahlt haben und nun einfach dem Hunger ausgesetzt werden. Fürwahr, die Arbeiterschaft hat viel versäumt. Sonst wäre es nicht möglich, daß der gewesene bulgarische König immer noch gemäß einem Vertrag des wilhelminischen Deutschland eine jährliche Rente von 500 000 RM bezieht. Nein, diese und viele Tausende „edle Herren“, meint die Regierung der „nationalen Konzentration“ nicht. Die Kriegrentner, denen der Dank des Vaterlandes versprochen wurde, werden auf verstärkte Hungerrationen gesetzt. Und die Herren Etappenkämpfer wollen sich jetzt auch noch um die Pensionen der Republik verdient machen. Sie wollen dafür arbeiten, indem sie tüchtig die Jugend zu neuen Kriegsabenteuern „begeistern“. Die Blaublütigen, die sich 1918 in die Mauselöcher verkrochen, als der Riese Proletariat sich nur reckte, in Verein mit der sonderbaren „Arbeiterpartei“ der Nazis sind es, die jetzt obendrein die erste Geige spielen. Die nebenbei den Proleten noch das bißchen Verstand nehmen wollen, damit sie gar nicht mehr sich aus dem Sklavendasein erheben sollen.

Kollegen, wie weit sind wir doch gekommen! Schlimm wird es aber dann, wenn man Kollegen sprechen hört, die meinen: „Die Herren sind doch schon oben, wir können sie nicht mehr runter kriegen!“ Diese Passivität, diese Mutlosigkeit ermöglicht erst, daß die Inhaber des edlen Geblüts so zwischen den elementarsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung herumfuhrwerken können. Gewiß, lähmend ist die Zerrissenheit in der Arbeiterschaft. Soll sie beseitigt werden, dann muß auch jeder Bauarbeiter, gleich wo er steht, in seiner Organisation dafür eintreten, daß endlich das Kampfbündnis der Arbeiter und der Organisationen verwirklicht wird!

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 33. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 23.